

Die Stimme

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

ersch. wöchentlich einmal, je Freitags.
begleitet durch alle Postämter.
Abonnementpreis 3 M. pro Vierteljahr.

Alle Zuschriften für die "Stimme" an H. W. Baeth, Am a. N., Reichstr. 47, Telefon 1442.
Alle für den Hauptort des Gewerksvereins bestimmten Postsendungen sind zu adressieren:
Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Am a. N. O. 46, Greifswalderstraße 22.
Sämtliche Geldsendungen an W. Schumacher, Berlin N. O. 51, Greifswalderstr. 22.
Postfachkonto 89 521 beim Postamt Berlin N. W. 7, Telefon Berlin-Mitte 4789.

Wenigen, die sechsfach gelagertes Papierteil 1 M., für den Arbeitsmarkt 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Tarif- und Lohnbewegungen.

Überall im deutschen Reich sind die Organisationen der Arbeiter emsig bemüht, die neue Teuerung durch höhere Löhne einigermaßen auszugleichen. Bereits in allen Orten und Gewerben sind Lohn- und Tarifbewegungen im Gange. Auch die Holzarbeiter rühren sich für die Verbesserung ihrer Lage und da darf kein Berufscollega interesselos beiseite stehen. Ein jeder tue seine Pflicht, besuche die Versammlungen, die sich mit den Bewegungen beschäftigen. Vor allem aber achte darauf, daß ein jeder sich organisiert. Schmarotzer, die nur von den Erfolgen der organisierten Arbeiter leben wollen, darf es nicht geben. Gewiß es gibt heute noch Kollegen, die hoffen, daß sie auch etwas erhalten, wenn andere was kriegen, aber wenn sie aufrichtig sein wollen, müssen sie zugeben, daß es einem unwürdig sein sollte, heute noch unorganisiert zu sein. Wer Ehrgefühl noch besitzt, bringt selbst mit Opfer und zahlt auch seine Beiträge.

Der Kampf, den es zu führen gilt, ist besonders in Berlin kein leichter. Dort handelt es sich vor allem um die Anerkennung des Reichsmantelvertrags. Den Streit der Holzarbeiter in einzelnen Betrieben haben die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie am 19. Aug. mit einer Ausperrung beantwortet. In einem Rundschreiben der Arbeitgeber heißt es u. a.: Die Betriebe sind unter allen Umständen sofort zu schließen, auch dann, wenn die Arbeiter arbeiten wollen. In diesem Falle ist ihnen zu sagen, daß das Angebot von 75 % Lohnerhöhung für Facharbeiter aufrechterhalten und ihnen ab 8. August dann zugesichert werden wird, wenn ihre Organisation sich zur Verhandlung über die weiteren Vereinbarungen bereit gezeigt. Die Anerkennung des Reichsmanteltarifs ist strikte abzulehnen. Es darf niemand irgend etwas unterschreiben. Den Arbeitern ist zu sagen, daß sie sich bis auf weiteres wegen Stilllegung des Betriebes als entlassen zu betrachten haben; ihre Papiere sind ihnen auszuhändigen und, falls sie nicht angenommen werden, aufzubewahren. Eine Zusendung derselben ist bei Annahmeverweigerung nicht erforderlich. Wenn die Arbeiter eine Entlassungsbescheinigung verlangen, so ist darauf zu schreiben: „In den Streik getreten“ oder „Wegen Stilllegung des Betriebes infolge Streiks entlassen“. So geht es fort mit den Anweisungen an die Arbeitgeber, die der Herr Obermeister Baeth herausgibt.

Der Verlauf des Kampfes wird zeigen, wieviel Arbeitgeber in Berlin gewillt sind, die Schädigung des Gewerbes durch das Verhalten ihres Führers mitzumachen. Daß die Holzarbeiter nicht damit einverstanden sein können, daß das Resultat von 7monatlichen Verhandlungen durch Quertreiber gefährdet werden darf, sollte verständlich sein. Die Angestellten haben den Streikenden ihr Sympathien ausgesprochen und wollen Streitarbeit ablehnen.

Es gibt noch in den Innungsverbänden mehrere, die den Reichsmantelvertrag nicht anerkennen wollen und darum wird auch dort darum gestritten. Man will die Verbindlichkeitsklärung desselben vereiteln und läßt

nichts unversucht, um dieses Ziel zu erreichen. Das sollte uns ermahnen, auch stets es nicht an der Einigkeit fehlen zu lassen, um für berechnigte Arbeiterforderungen einzutreten. Die Zeiten sind ernst und wir werden bessere Tage erst wieder erleben, wenn die Einsicht von der Notwendigkeit der gegenseitigen Zusammenarbeit in allen Volksteilen vorhanden ist. Der Wille zu einer Verständigung darf nicht fehlen, muß aber gegenseitig vorhanden sein. Jedem Eigenbrödlar kann keine Gefolgschaft geleistet werden. Radikalisten rechts und Radikalisten links arbeiten sich zwar gegenseitig in die Hände, aber das Gesamtwohl wird durch sie nicht gefördert. Auch die Heißsporne im Arbeitgeberlager stiften mehr Schaden an, als Nutzen und vernünftige Arbeitgeber sollten es deshalb ablehnen, eine solche Schädigung des Gewerbes stillschweigend zu dulden. Daß die Arbeiter einen Lohn verdienen müssen, der ausreichend ist zu einer menschenwürdigen Existenz sollte eigentlich selbstverständlich sein. Schon Schiller sagte: „Der Mensch ist zwar noch wenig, wenn er warm wohnt und satt zu essen hat, aber er muß doch zuerst warm wohnen und satt zu essen haben, bevor eine bessere Natur in ihm sich regt.“ Man bedenke auch: Die Not ist zwar die Mutter der Künste, aber auch die Großmutter der Laster. Wt.

Lohngebiet Württemberg und Baden.

Die am Donnerstag, den 25. August und Freitag, den 26. August in Stuttgart geführten Verhandlungen schienen erst zu keiner Einigung führen zu sollen, die dann aber am Freitag abend schließlich doch noch gelang. Die Arbeiter in den einzelnen Lohnklassen erhalten folgende Zulage:

	ab 18. Aug.	ab 22. Sept. 1921
Facharbeiter über 22 Jahre	80 Pfg.	125 Pfg.
von 20-22 "	70 "	25 "
" 18-20 "	50 "	25 "
" 16-18 "	30 "	25 "
Hilfsarbeiter über 22 Jahre	80 Pfg.	20 Pfg.
von 20-22 "	70 "	20 "
" 18-20 "	50 "	20 "
" 16-18 "	30 "	20 "
Facharbeiterinnen über 22 Jahre	70 Pfg.	20 Pfg.
von 20-22 "	60 "	20 "
" 18-20 "	40 "	20 "
" 16-18 "	20 "	20 "
Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre	55 Pfg.	20 Pfg.
von 20-22 "	45 "	20 "
" 18-20 "	20 "	20 "
" 16-18 "	20 "	10 "

Die Zulage ab 18. August wird aber sich etwas ändern, da die Mindest- und Durchschnittslöhne mit dem neuen Landestarif noch neu festgesetzt und abgerundet werden sollen. Dadurch erhält einmal ein Kollege vielleicht 2 % mehr, der andere entsprechend weniger.

Landesbezirk Schlessien.

Bei den Verhandlungen am 24. August in Breslau wurde mit dem Arbeitgeberverband, Bezirk Breslau und dem Verbände der Holzindustriellen in den schlesischen Gebirgen zunächst folgende Teuerungszulage vereinbart.
60 % für Arbeiter über 22 Jahre,
50 % für Arbeiter unter 22 Jahre
50 % für Arbeiterinnen über 18 Jahre

Dieses ist natürlich nur eine Abschlagszahlung. Die Verbände werden mit tunlichster Beschleunigung den Abschluß des Landestarifs in die Wege leiten.

Neue Lohnvereinbarungen für die Stockindustrie.

Am Donnerstag, den 18. August fanden in Kassel zentrale Verhandlungen statt für die Stock-, Pfeifen-, Pfeifchen- und verwandten Industrien in der folgende Zulagen vereinbart wurden:

Es erhalten	von 16-18 Jahren	männl.	weibl.
über 22 Jahre	60 Pfg.	80 Pfg.	
" 20-22 "	75 "	50 "	
" 18-20 "	100 "	60 "	

Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren beträgt der Zuschlag 25 %. Diese Lohnerhöhungen treten am 15. August 1921 in Kraft und gelten für unbezahlte Zeit.

Landesbezirk Hessen und Hessen-Nassau.

Die am 16. August in Frankfurt a. M. geführten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, Bez. Frankfurt a. M. führten bezüglich der Festlegung der Löhne zu einer Verständigung. Von der am 12. resp. 13. August beginnenden Lohnwoche gelten folgende

Lohnklasse	Durchschnittslöhne:				
	I	II	III	IV	V
Facharbeiter über 22 Jahre	7.60	7.—	6.60	6.15	5.70 M.
von 20-22 "	6.60	6.10	5.75	5.35	5.— "
" 18-20 "	5.95	5.45	5.15	4.80	4.45 "
" 16-18 "	5.35	4.90	4.60	4.30	4.— "
Hilfsarbeiter über 22 Jahre	6.45	5.95	5.60	5.25	4.85 M.
von 20-22 "	5.60	5.20	4.90	4.55	4.20 "
" 18-20 "	5.05	4.65	4.40	4.10	3.80 "
" 16-18 "	4.50	4.15	3.90	3.70	3.40 "
Facharbeiterinnen über 22 Jahre	5.30	4.90	4.60	4.30	4.00 M.
von 20-22 "	4.60	4.25	4.—	3.75	3.50 "
" 18-20 "	4.15	3.80	3.60	3.35	3.10 "
" 16-18 "	3.70	3.45	3.20	3.—	2.80 "
Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre	4.20	3.85	3.65	3.40	3.15 "
von 20-22 "	3.65	3.35	3.20	2.95	2.75 "
" 18-20 "	3.30	3.—	2.85	2.65	2.45 "
" 16-18 "	2.95	2.70	2.55	2.35	2.20 "

Die Mindestlöhne sind in allen Tarifklassen um 10 Prozent geringer.

Die Durchschnittslöhne der Holzarbeiter in Bayern

betragen am 15. September 1921 nach dem am 26. August 1921 in München unterzeichneten Landestarif für die im § 1 des Reichsmantelvertrages aufgeführten Berufsgruppen, sowie die in der Klavierindustrie und den Orgelbauanstalten, den Spund- und Spulenfabriken in

Ortsklasse	Lohnklasse				
	II	III	IV	V	VI
Facharbeiter über 22 Jahre	6.90	6.50	6.10	5.70	5.30 M.
von 20-22 "	6.30	5.95	5.65	5.30	5.00 "
" 18-20 "	5.70	5.40	5.20	4.90	4.70 "
" 16-18 "	5.10	4.85	4.75	4.50	4.40 "
Hilfsarbeiter über 22 Jahre	6.00	5.70	5.40	5.00	4.70 M.
von 20-22 "	5.40	5.15	4.95	4.60	4.40 "
" 18-20 "	4.80	4.60	4.50	4.20	4.10 "
" 16-18 "	4.20	4.10	4.00	3.80	3.70 "

Ordnungsnummer	II	III	IV	V	VI
Facharbeiterinnen					
über 22 Jahre	4.90	4.65	4.45	4.25	4.05 M.
von 20-22 "	4.40	4.25	4.15	3.95	3.75 "
" 18-20 "	3.90	3.80	3.70	3.60	3.45 "
" 16-18 "	3.40	3.30	3.20	3.10	3.00 "
Hilfsarbeiterinnen					
über 22 Jahre	4.00	3.85	3.70	3.55	3.40 M.
von 20-22 "	3.60	3.45	3.30	3.20	3.10 "
" 18-20 "	3.10	3.05	2.90	2.80	2.70 "
" 16-18 "	2.80	2.65	2.50	2.40	2.30 "

Die vertraglichen Mindestlöhne sind in jeder Tarifklasse und Altersklasse um 10 Prozent niedriger als die vertraglichen Durchschnittslöhne.

Zur Bauarbeiterbewegung im Saargebiet

wurde am 20. August in Saarbrücken vom Schlichtungsausschuß folgender Schiedsspruch gefällt:

Es werden ab 25. August 1921 folgende Sätze festgesetzt:

A) Gelernte Facharbeiter (Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Dachdecker, Maler, Betonarbeiter, Schreiner usw. sowie die hierin gehörenden Arbeiter der metallverarbeitenden Gruppen des Baugewerbes)

1. Gesellen über 20 Jahre	9.20 M.	Stundenlohn
2. Gesellen "	19 "	8.00 "
3. Steinhaue "	20 "	9.50 "
4. Pfisterer "	20 "	9.70 "
5. Hammer "	20 "	8.80 "
6. Gipser "	20 "	9.30 "

B) Ungelernte Arbeiter über 20 Jahr 8.20 M. Stb. Lohn.

" "	19 "	6.00 "
" "	18 "	4.80 "
" "	17 "	3.80 "
" "	16 "	2.80 "
" "	15 "	2.00 "

C) Poliere erhalten pro Woche eine Zulage wie folgt:

Ledige	25 M
Verh. mit 2 Kinder	40 M
Verh. mit mehr Kinder	50 M

Von unseren Gewerksvereinen in Polen.

(Delegiertentag am 14. u. 15. August in Bromberg).

Nachdem Polen durch den Friedensvertrag zu einem selbständigen Staat erklärt worden ist, sind auch preussische Gebietsteile an Polen gefallen, in denen ein ganz Teil Ortsvereine unserer Gewerksvereine bestehen. Der Gewerksverein der Metallarbeiter, die stärkste Organisation, unterhält dort einen Bezirksleiter, den Kollegen Piekler in Bromberg.

Durch die erfolgte Besetzung der preussischen Gebietsteile gestaltete sich die Verbindung mit den Hauptleitungen in Deutschland immer schwieriger. Nicht nur der Grenzverkehr, Briefsenjur, Walfuta, sondern auch die ungeheuren Postkosten machten den Verkehr fast zu einer Unmöglichkeit.

Ferner bereitete man unseren Gewerksvereinen in Polen ungeheure Schwierigkeiten in der Verwaltung. Die Behörde drohte mit Auflösung allen denjenigen Verbänden die den Hauptsitz in Deutschland haben.

Der Kollege Piekler hatte es sich nur zur Aufgabe gestellt, die Gewerksvereine in Polen zu zentralisieren, d. h. einen Zusammenschluß aller Gewerksvereinsverbände unter einer eigenen Hauptleitung herbeizuführen.

Es waren verschiedene Schwierigkeiten zu regeln, die viel Aufopferung bedurften, um alles ins Reine zu bringen. Wenn es auch gelang, einen großen Teil der Ortsvereine unter einen Hut zu bringen, so stand immer noch ein Teil abseits und verwaltete ihre Affen selber. Auch in der Beitragsfrage bestanden Schwierigkeiten. Es war nicht möglich, für alle Gewerksvereine eine Einheit zu schaffen. Eine größere Frage war auch die Anerkennung der Gewerksvereine in Polen durch die Regierung, die zwar nicht verweigert, jedoch immer wieder hinausgeschoben wurde.

Aus diesen Gründen wurde die gängliche Besetzung von den Gewerksvereinen in Deutschland zur dringenden Notwendigkeit.

Zu diesem Zweck fand am 14. und 15. August ein Delegiertentag aller Gewerksvereine in Bromberg statt. Zu dem Delegiertentag hatten fast alle Gewerksvereine Delegierte entsandt. Es waren vertreten:

Vom Gewerksverein der Metallarbeiter die Kollegen Kaminski, Bromberg, Daus, Bromberg, Schulz, Dirschau, Lipinski, Graudenz, Kleminski, Posen, Bloch, Stargard.

Vom Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter Piotrowski, Graudenz u. Jascag, Rawitsch.

Vom Gewerksverein der Holzarbeiter Kressin, Bromberg und Reichel, Rawitsch.

Vom Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter Fr. Nowicki, Bromberg und Klein, Thorn.

Vom Gewerksverein der Schneider Simmich, Bromberg.

Vom Gewerksverein der Cigarren- und Tabakarbeiter Fr. Breit, Bromberg.

Das Arbeitsministerium sowie die Wojwodenschaft (Regierung) hatten Vertreter entsandt.

Von den Deutschen Gewerksvereinen waren die Kollegen A. Strubelt, Berlin und E. Wahl, Danzig anwesend.

Die Bezirkskommission war durch die Kollegen Gzelwinski, Rahn und Wenker, Bromberg vertreten.

Ferner nahm der Gewerksvereinssekretär Piekler an der Tagung teil.

Als Leiter der Verhandlungen wurden die Kollegen Jascag, Simmich und Bloch gewählt.

Kollege Jascag eröffnete den Delegiertentag, begrüßte die Erschienenen und wünscht dem Delegiertentag einen guten Verlauf. Kollege Strubelt übermittelte die Grüße aus Deutschland.

Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Das Referat über das Thema: Die Stellung der Gewerksvereine in Polen zum heutigen Wirtschaftsleben hielt Gewerksvereinssekretär R. Piekler.

Er beleuchtete in seinen Ausführungen die früheren Verhältnisse in Russisch-Polen und Preussisch-Polen, hob hervor, daß die Kulturbestrebungen in beiden Gebieten grundverschieden sind. Im Ausland liegt die Schule arg darnieder, während hier jeder lesen und schreiben kann. Dort stellt der Arbeiter keine großen Ansprüche ans Leben, während in Preussisch-Polen jeder das Bestreben hat, sich immer weiter zu vervollständigen. Dieser krasse Unterschied macht sich im jetzigen Wirtschaftsleben kolossal bemerkbar.

Bei der jetzigen starken Auswanderung machte sich ein Mangel an Handwerkern sehr bemerkbar. Tüchtige Handwerker sind hier knapp geworden. Die Folge davon ist die, daß nun auch die ungelerten Arbeiter arbeitslos werden, da eben die produzierende Hände fehlen. Ein Verbrechen ist es am Staat, wenn mit Gewalt intelligente Arbeitskräfte von ihren Arbeitsstellen aus nationalen Gründen entfernt werden.

Redner appelliert an die Herren Vertreter der Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß mit allen Mitteln für den Schutz der deutschen Arbeiter und Handwerker eingetreten wird. Ferner verlangen die Gewerksvereine größeren Schutz und Unterstützung der Industrie.

Die Lebensmittelfrage und die Löhne machen die größten Schwierigkeiten. Folgende Statistik, die vom Rat der Arbeit regelmäßig herausgegeben wird, gibt einen klaren Aufschluß darüber:

Kosten des Lebensunterhalt pro Woche

Stundenlohn für Handwerker

September 1920 717,25 M 17,- M

Oktober 1920 872,78 M

November 1920 1057,80 M

Dezember 1920 1461,25 M 19,55 M

Januar 1921 1607,45 M 28,05 M

Februar 1921 1735,50 M

März 1921 1778,- M 33,15 M

April 1921 1999,25 M

Mai 1921 2056,55 M 38,15 M

Juni 1921 2496,60 M

14. Juli 1921 4296,90 M 57,- M

30. Juli 1921 5096,52 M 90,- M

Die Gewerksvereine verlangen nur dann höhere Löhne, wenn kein Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel eintritt. Unverständlich ist, daß man duldet, daß die Bauern das Geld listerweise aufstapeln, während die Banken kaum die notwendigen Gelder aufbringen können.

Die Gewerksvereine fordern strenge Bekämpfung des Wucher und Schleißhandels. Die Gewerksvereine wollen mithelfen am Aufbau

des Staates, müssen aber verlangen, daß sie auch als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 14. und 15. August abgehaltene Delegiertentag gelobte, mit allen Kräften für den wirtschaftlichen Aufbau Polens einzutreten und legen vor allem Wert darauf, daß die Industrie mit Hilfe des Staates neu belebt wird. Die Delegierten halten es für dringend notwendig, daß tüchtige ausgebildete Kräfte neu hinzugezogen werden, vor allem aber die noch hiergebliebenen Kräfte nicht von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Sie erblicken zur Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht das stete Steigen der Lebensmittelpreise und Löhne, sondern fordern Abbau der Preise für alle staatlichen Einrichtungen, Post und Eisenbahn, damit die Löhne wieder auf eine Höhe gesetzt werden können, die den normalen Verhältnissen entsprechen. Die Gewerksvereine wünschen in ihrer neuen Heimat eine gute gesicherte Existenz und sind bereit, ihr ganzes Können für das Wohl ihres Vaterlandes einzusetzen.

Kollege Simmich vom Gewerksverein der Schneider referiert über das Thema: „Wie fördern wir unsere Agitation“. Das Referat paßt sich den hiesigen Verhältnissen vollkommen an und wurde den Delegierten mancher Fingerzeig gegeben, wie sie sich sollen in der Zukunft einrichten. Vor allem darf die Jugendfrage nicht vernachlässigt werden.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Koll. Piekler ist hervorzuheben, die steten Lohnbewegungen, Kämpfe mit anderen Organisationen und die Verzögerung der Anerkennung der Gewerksvereine seitens des Arbeitsministeriums.

Der Vertreter des Arbeitsministeriums greift in die Diskussion ein und erklärt sich bereit, die Anerkennung zu beschleunigen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Der heutige Delegiertentag nimmt von den Ausführungen des Referenten Piekler betreff Anerkennung der Gewerksvereine in Polen Kenntnis. Die versammelten Delegierten bedauern die Schwierigkeiten, die dem Gewerksverein von der Regierung betreff seiner Anerkennung gemacht wurden und bitten die Regierung, die Anerkennung auf dem schnellsten Wege auszusprechen.

Aus den neuen Statuten ist hervorzuheben, daß die Beiträge nach folgenden Stufen festgesetzt wurden: Für Handwerker über 18 Jahren 30, 40 und 60 M pro Woche. Für Arbeiter 20, 30 und 40 M pro Woche. Arbeiter unter 18 Jahren 10 und 20 M, Lehrlinge, Lehrlinginnen 1 M und weibliche Mitglieder über 18 Jahren 5, 10 und 15 M.

Die Unterstützung beträgt in der höchsten Stufe bei Streit pro Woche 1134 M, bei Arbeitslosigkeit 444 M, bei Krankheit 222 M, Begräbnisbeihilfe bis zu 2250 M, Notstandsunterstützung bis zu 500 M.

Mit den Deutschen Gewerksvereinen wurde ein Vertrag abgeschlossen. Den Entwurf erläuterte der Kollege Strubelt. Derselbe fand einstimmig Annahme seitens des Delegiertentags. Ferner fand einstimmige Annahme die Satzungen der neuen Sterbekasse, danach können sich die Mitgl. bis 10 000 M versichern.

Als Hauptvorstandsmitglieder am Vorort wurden gewählt: Metallarbeiter Daus, als Stellvertreter Kaminski; Holzarbeiter Kressin, Schneider Simmich, als Stellv. Piekler; Zigarrenarb. Fr. Breit, als Stellv. Fr. Nowicki, Schuhmacher.

Als auswärtige Hauptvorstandsmitglieder wurden gewählt: Metallarb. Bloch, Stargard, als Stellv. Lipinski, Graudenz; Metallarbeiter Arndt, Posen, als Stellv. Kleminski, Posen; Fabrik- und Handarb. Jascag, Rawitsch, als Stellv. Piotrowski, Graudenz; Holzarbeiter Rohls, Dirschau, als Stellv. Reichel, Rawitsch; Schuhmacher Klein, Graudenz.

In der Beschw. Kommission als Obmann Lipinski, Graudenz.

Als Vorsitzender des Gewerksvereins wurde der Kollege Simmich und als Stellvertreter der Kollege Daus gewählt.

Nach erledigter Tagesordnung nahm Kollege Plehler das Schlusswort, dankte allen Anwesenden und bat den Vertreter der Deutschen Gewerksvereine, Kollegen Strubelt die Grüße der hiesigen Kollegen zu übermitteln und bittet, die Brüder und Schwestern im Polenland nicht zu vergessen.

Kollege Strubelt dankt ebenfalls allen Kollegen und Kolleginnen und ersuchte, treu zur Fahne zu halten.

Mit einem begeistert aufgenommenen „Goch“ schließt der Vorsitzende Kollege Jascag den ersten ordentlichen Delegiertentag in Polen.

Verwendung von Sammelgeldern!

Von jeher haben sich die deutschen Arbeiter bei der Sammlung von Geldern für das Ausland besonders hervorgetan, ohne jedoch den Dank zu ernten, der auf Grund ihrer Aufopferung ihnen gebührt. Wir sehen heute, daß die Arbeiterschaft der Entente wenig Lust verspürt, den deutschen Arbeitern in ihrem Elend zu helfen. Trotzdem werden auch heute noch täglich Sammlungen, diesmal ganz besonders für Rußland, veranstaltet. Wir wissen, wie furchtbar dort die Hungersnot wütet und ist kein Wort über die Hilfe, die man dem dortigen Volke angedeihen läßt, zu verlieren; im Gegenteil, jeder soll nach seinen Kräften helfen, soviel er kann. Auf der andern Seite wissen wir, daß unsere Brüder in Oberschlesien nicht viel besser dran sind und auch der dringenden Hilfe bedürfen. Unsere obereschlesischen Brüder sollen es sich für alle Zeiten merken, wie gewisse politische Kreise von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten über sie denken. Im Berliner Stadtparlament lag ein Antrag vor, nach Rußland 100 000 M zu senden. Dieser Antrag wurde von den linksradikalen Parteien glattweg angenommen. Als dann von bürgerlicher Seite ein Antrag gestellt wurde, für die obereschlesischen Brüder die gleiche Summe zu zahlen, da hatte man nichts übrig dafür. Der Magistrat selber beantragte nur 10 000 M, für Oberschlesien, während die Linksparteien erklärten, für Oberschlesien nichts übrig zu haben. Oberschlesische Arbeiter, merkt Euch das! Für Rußland hat man 100 000 übrig, für Euch hat man nichts übrig! So sehen die wahren Arbeiterfreunde und Volksfreunde der linksradikalsten Parteien aus.

Die äußerste Vorsicht bei Werkstatksammlungen ist am Platze. Man soll sich genau die Organisation und die Leute ansehen, die in den Werkstätten versuchen, auf Sammellisten den Arbeitern ihre sauer verdienten Groschen abzuhöpfen. Ein schlagender Beweis dafür sind die Vorgänge in der Betriebsrätezentrale von Groß-Berlin. Tausende und Abertausende von Marken sind für diesen Zweck geopfert worden. Wozu die Gelder verwendet worden sind, und wie man geradezu Schindluder mit den Arbeitergroßen treibt, zeigt nachfolgender Bericht über die Generalversammlung der Betriebsräte von Groß-Berlin vom 23. August 1921. Dort heißt es:

Der Streit um die Revolutionsgelder. Hinter den Kulissen der revolutionären Bewegung.

Zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den linksradikalen Parteien kam es gestern abend in der Generalversammlung der Delegierten der Betriebsräte von Groß-Berlin, die sich mit den Geldern der Unterstützungskommission und des roten Vollzugsrates beschäftigte. Nachdem ein Versuch der Kommunisten, die Aussprache über den Verbleib der verschwundenen Gelder zu verschleppen, von der Mehrheit abgelehnt worden war, erstattete der Unabhängige Emil Barth einen Bericht über die bekannten Aufsehen erregenden Vorgänge. Unter fortgesetztem Lärm und Unterbrechungen der Kommunisten machte Barth neue Mitteilungen über die Schiebung, die mit den Geldern vorgekommen sind. Ein Genosse habe ihm berichtet, daß er im Dezember 1919 mit Baer ein Geschäft aufgemacht habe, und daß Baer ihm erklärt habe, er habe ein Bankbuch über 60 000 M, von denen 45 000 M dem Vollzugsrat gehören, über die er frei verfügen könne. Ueber diese 45 000 M

finden sich angeblich 200 000 M (Wort, Wort!) Daneben fehlen 144 000 M in der Abrechnung der Unterstützungskommission. Edert ist Kassier des „Werkzeuges“, das Vollzugsrates und der Unterstützungskommission. Er pumpt sich von Baer 72 000 M für den „Werkzeug“ und gibt an Baer 45 000 M, die auf dessen Privatkonto ruhen. Er halte es für ausgeschlossen, daß einer der Beteiligten sich persönlich bereichert habe (Ruf: Na, na!) In den Betrieben schwirren jetzt Gerüchte, die restlos aufgeklärt werden müssen, wenn die Arbeiterschaft Vertrauen zu neuen Sammlungen haben soll. Der Vollzugsrat behauptet, daß für die streikenden Angestellten in der Metallindustrie 50 000 M gesammelt seien. Nun erklären die Arbeiter der Bergmannswerke, daß sie allein 20 000 M Mark gesammelt hätten. (Zuruf: Und wir haben 10 000 M aufgebracht). Es müßten also in Berlin weit größere Summen zusammenkommen sein. (Bewegung und Unruhe) Weiter wird bezweifelt, daß die Zahlen für die Wahl- und Propagandafonds stimmen. Es sind 540 000 M Einnahmen verbucht. Die Kollegen behaupten, die Summe müßte weit größer sein. Barth schlägt schließlich vor, eine Kommission zur Nachprüfung einzusetzen.

Richard Müller (Komm.) bestritt, daß die Betriebsräteversammlung die Rechtsnachfolgerin des ehemaligen roten Vollzugsrates sei. (Zurufe: Demagoie! Leichenmüller!) Die Mehrheitssozialisten haben die Sammlungen bekämpft. Jetzt wollt ihr das Verfügungsrecht über die Gelder haben. (Nein, wir wollen die Schweinereien aufgedeckt haben. Minutenlanges Lärm). Das ist gegen die politische Moral. (Schallendes Gelächter.) Als Redner sich dann in weiterschweifenden Betrachtungen über die Geschichte der Arbeiterräte ergoht, wird er immer wieder durch Rufe: „Abrechnung! Abrechnung!“ unterbrochen. Wie kann Bar behaupten, es fehlen 144 000 M, wenn die Abrechnung noch nicht erfolgt ist. (Großes Gelächter). Wir konnten diese für revolutionäre Zwecke gesammelten Gelder nicht auf den Namen des roten Vollzugsrates auf die Bank legen, sondern hier ist Einnahme und da und dort ist Einnahme. Wir müßten auch eine juristische Person haben. (Wer?) Wer, das geht Sie nichts an. (Große Unruhe). Wenn auf dem Privatkonto von Baer 45 000 M Mark gelegen haben, so ist das richtig. (Zuruf: Aber in der Abrechnung müßten sie aufgeführt werden.) In der Abrechnung, die zu geeigneter Zeit erfolgen wird, wird das zu sehen. (Aha!) Die Eintreibung von tausenden Konten erfordert Zeit. Vielleicht werden wir schon in acht bis vierzehn Tagen die Abrechnung veröffentlichen. (Abwarten!) Jeder kann kommen und die Kassensführung einsehen, aber denen verweigern wie die Einsicht, die sich nur Material gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung verschaffen wollen. (Lachen und ironische Zurufe). Edert (Komm.) von der Unterstützungskommission bezeichnete Barth als Arbeiterfeind und Hanswurst der Revolution. Zuruf links: Er müßte an die Wand gestellt werden.) Auf weitere Zurufe aus der Versammlung erklärte Redner: Ihr Schreier bekommt das Geld nicht. Das habe ich zu gut in Händen. Wer die Macht hat, läßt sich nicht durch eine solche Körperhaftigkeit wie ihr ein Diktum auferlegen. (Stürmische Zurufe: Aufklärung, Aufklärung). Wir haben genau so gehandelt, wie die SPD. mit dem „Vorwärts“. Lieber Barth, ich könnte auch auspacken. (Zurufe: Nur heraus damit.) Wo bleibt Barths Rechnungslegung von den Revolutionsgeldern von 1918, die Barth in erheblichem Maße erhalten hat? Wie verhält es sich damit, daß Barth den russischen Genossen Schlapnikow aufgefordert hat, ihm große Summen für die Einleitung der deutschen Revolution zu geben. (Erregte Zurufe Barths). „Wenn ich Dreck am Stecken habe, wo bleibt dann dein Mist, den du am Angelhaken hast!“ Ich frage Barth, wer hat zuerst als Treuhänder den Vortrug mit dem Blankoscheck gemacht. Als versucht wurde, 140 000 M. dem „Freiheit“-Unternehmen zuzuwenden. (Große Bewegung). Nachher wurde auch noch versucht, der „Freiheit“ von den Geldern ein Darlehen von 200 000 M Mark zu verschaffen. (Lärmende Zurufe). Ich kann das alles beweisen. Mit deiner Freiheit, lieber Barth, kommst du bei mir

nicht durch. (Zurufen.) In einer Sitzung der Parteileitung der Unabhängigen im Sommer 1919, der Haase, Crispian, Hüfnerding bewohnten, sollte Barth aus der Partei ausgeschlossen werden. Durch Vermittlung des Vollzugsrates beschränkte man sich darauf, Barth öffentliche Reden und Vorträge zu verbieten. (Große Bewegung). Ja, ja, Auge um Auge, lieber Junge. Dieser Beschluß der Unabhängigen muß seine triftigen Gründe gehabt haben. Nachher wurde plötzlich seine Broschüre in der Freiheit besprochen. Er muß sich also wieder „bewährt“ haben. Im September 1920 wurde Barth die Treuhänderschaft entzogen. (Zuruf aus der Versammlung: Und ihr habt einmal unsere Zukunft in Händen gehabt.) Ich fürchte mich nicht vor Barth, auch wenn er wieder droht: Ich schieße den Hund über den Haufen. Einem Diktum von Barth folgen wir uns nicht. (Große Unruhe und Beifall.)

Krüger (Soz.) spricht das Bedauern aus, daß die Arbeiterschaft in einen derartigen Sumpf hineingeführt sei. Die kommunistische Partei habe gegen Treu und Glauben verstoßen. (Lärm bei den Kommunisten). Das heutige Schauspiel gibt uns Recht, als wir die Arbeiterschaft warnten, ihr Geld herzugeben, wenn sie nicht wisse, wem und zu welchem Zwecke sie es gebe. Was heute hier aufgedeckt worden ist, muß in der Arbeiterbewegung verheerend wirken. Mit den Kommunisten lehnen wir es ab, in Zukunft gemeinsame Sammel Listen hinauszugeben. (Großer Beifall und ungeheurer Lärm).

Nach einer Flut gegenseitiger persönlicher Beschimpfungen der linksradikalen Truppen wurde mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der erklärt wurde, daß die Delegiertenversammlung der Betriebsräte die unbestrittene Vertretung der an den Sammlungen beteiligten Berliner Arbeiterschaft sei und daß in einer der nächsten Versammlungen Rechnungslegung erwartet werde.

Schon vorher machte ein Bericht peinliches Aufsehen, wo es hieß, „Beruntreuungen kommunistischer Treuhänder. Das gesamte Vermögen der Berliner Arbeiterunterstützungskommission unterschlagen, Fälschung der Bücher u. des Geschäftsberichtes!“ Dort heißt es weiter: „Eine sehr peinliche Angelegenheit, die allem Anschein nach auf die nach dem unabhängigen Parteitag in Halle entstandenen Differenzen zwischen Unabhängigen und Kommunisten zurückzuführen ist, beschäftigt augenblicklich die Berliner Gewerkschaftskommission. Wie sich jetzt herausstellt, haben zwei kommunistische Treuhänder Paul Edert und Karl Hagen fast das gesamte Vermögen der Unterstützungskommission in Höhe von 345 000 M unterschlagen und zu diesem Zweck die Bücher und den Geschäftsbericht gefälscht. Die Unterstützungskommission wurde im Frühjahr 1918 gegründet zu dem Zweck, Leute, die wegen ihrer Anschauungen in Schutzhaft genommen worden waren, zu unterstützen.“

Die Betriebsrätezentrale versucht nun, nach obigem Versammlungsbericht Klarheit in die Sache hineinzubringen, doch dürfte dies schwer gelingen. Aber auch in andern Orten liegen die Verhältnisse ähnlich; so schreibt z. B. die Hallische sozialistische Volksstimme am 5. 8. 21:

Eine geborstene kommunistische Säule.

In der Mittwochausgabe des roten Kurier findet sich ein Artikel: „Die kommunistische Verwaltung des Holzarbeiterverbandes Halle soll beseitigt werden“, worin der krampfhafteste Versuch gemacht wird, Begebenheiten, die sich unter der Leitung des Geschäftsführers Richard Müller im Holzarbeiterverband zugetragen haben, zu verdecken. Gegen die zahlreichen Anschuldigungen, welche gegen die Geschäftsführung des Herrn Müller aus den Mitgliederkreisen erhoben wurden, wird eine lauwarme Abwehrtunke verbreitet, die herzlich wenig befragt und noch weniger den Tatsachen Stand hält. Aus unterrichteten Kreisen erhalten wir dazu folgende Klarstellung:

„Der Satz in dem Artikel: „Allen Anschuldigungen (gegen Müller) wurde nachgegangen und nicht festgestellt, was ein Einschreiten hätte rechtfertigen können“, ist in seinem letzten Teile entweder die eigentümliche subjektive Auffassung des Artikelschreibers, (Wo?) oder eine bewußte Lüge um die Kollegen, so

wie die gesamte Arbeiterschaft Halles irrezuführen. Wenn den Kollegen bisher von dem Ergebnis der Untersuchung in der Presse nichts bekannt gegeben wurde, so geschah es um der Verammlung nicht vorzugreifen; es unternahm aber auch aus Reinlichkeitsgründen und einem gewissen proletarischen Schamgefühl, denn erhebend sind derartige Dinge wirklich nicht. Dieses Gefühl scheint gewissen Leuten allerdings völlig unbekannt zu sein, und so haben auch wir keine Ursache länger zu schwärzen, zumal der Fabrik Müller dadurch geradezu Vorhubs geleistet würde. Nach dem Grundsatz: „Der Dieb ist die beste Abwehr“, kommt man bereits die Zellen zusammen, um ihnen die Notwendigkeit der Spaltung unserer hiesiger Zahlstelle beizubringen, wenn Richard Müller seiner übrigen Eigenschaft im Holzarbeiterverband nicht mehr fröhnen kann.

Soviel steht fest, für Müller war das Ergebnis der Untersuchung vernichtend. Seine eigenen Parteifreunde konnten ihm nur den Rat geben: Richard verabschiede, du blamierst die R. K. P. bis auf die Knochen. Der, auf Beschluss der Mitgliederversammlung, anwesende Vertreter des Hauptvorstandes, lehnte es im Einverständnis mit der Mehrheit der kommunikal orientierten Verwaltung ab, Richard Müller den Schlüssel des Kassenschranke zu übergeben. Er übergab diesen auf Beschluss der Verwaltung dem 2. Bevollmächtigten Otto Müller. Da auch dieser der R. K. P. angehört, ist wohl hiermit erwiesen, daß das Gebahren Müllers, sich als Opfer seiner politischen Überzeugung zu bezeichnen, eitel Humbug ist.

Nach allem was vorgeht, scheint es, als wenn M. trotz seiner eigenen Erklärung, daß er seine Stelle kündigen werde, doch unter allen Umständen die verrufene Stellung eines „Gewerkschaftsboszen“ nicht missen möchte. So oder so. Wenn also irgendwo die Absicht besteht, unsere Zahlstelle zu zerschlagen, wie in dieser Notiz des Roten Kurier zu lesen ist, so kann es nur bei R. Müller und seinen Freunden sein. Sie spielen ja schon lange mit dem Gedanken, und er selbst hat ja schon einmal die Geburtsstunde des roten Industrieverbandes verkündet. Hielt ihn bisher die Sorge um seine Existenz ab, der Mahnung seiner Freunde in der Vercherfeldstraße zu folgen, so reißt ihn heute der gleiche Grund diesen in die Arme. Deshalb Augen auf, Kollegen! Auch liegt es, allen Zersplitterungsbestrebungen, die von jener Seite kommen und lediglich egoistischen Zielen dienen, kraftvoll entgegenzutreten. Die Verwaltung aber hat die Pflicht mit möglichster Beschleunigung eine Mitgliederversammlung einzuberufen, in welcher das Ergebnis der Untersuchung den Kollegen unverbürgt werden muß. Die Verwaltung muß sich darüber klar sein, daß sie die Verantwortung für die Folgen derartiger, der Wahrheit nicht entsprechender Veröffentlichungen trägt. Sie muß deshalb den Mitgliedern umgehend Gelegenheit geben, den wirklichen Tatbestand zu erfahren, und muß aber auch derartigen irreführenden Artikeln die Wahrheit entgegenstellen.

Wie lange noch werden die deutschen Arbeiter solchen Geistern nachlaufen, wie lange noch werden dieselben ihre sauer ersparten Groschen Leuten anvertrauen, für die sie keine Gewähr haben? Es ist die höchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft sich freimacht von solchen Geistern und endlich erkennt, wo ihre Interessen gewahrt werden. Wir können nur zurufen: „Fort mit allem politischen Klingel, hinein in die deutschen Gewerksvereine; die es ehrlich mit der deutschen Arbeiterschaft meinen!“

Getreidepreise und Ernteaussichten.

Der Umbau der Getreidewirtschaft hat als unliebsame Folge zunächst ein starkes Anziehen der Preise für jenes Brotgetreide, das seit Mitte Juli im freien Verkehr gehandelt werden darf, mit sich gebracht. Der starke Kaufandrang und die dadurch verursachten Preisüberbietungen haben inzwischen aber nachgelassen. Geht man nun den Gründen für das Vinausschnellen der Preise nach, so erkennt man, daß die Gefahr einer erheblichen Getreide- und Brotvertuerung in Zukunft doch nicht so groß ist, wie es zunächst den Anschein hat. Der Hauptgrund für die Steigerung der Preise lag nämlich darin, daß zu Beginn des freien Handels bei den Unternehmungen die Brotgetreide benötigten, den Getreidehändlern, Müllern und Nahrungsmittelfabrikanten, keine Vorräte vorhanden waren. Es ist zu verstehen, daß alle diese Getreideinteressenten ihr früheres Kundengeschäft, das ja unter der Zwangswirtschaft ganz aufgehört oder zum wenigsten beträchtlich gelitten hatte, wieder aufbauen wollen und anfangen, in starkem Maßstabe Getreide zu kaufen. Da aber der hierdurch verursachten starken Nachfrage nur eine begrenzte Menge Inlandsgetreide gegenüberstand, so überstiegen zunächst die Preise im freien Verkehr den Umlagepreis, teilweise sogar den Durchschnittspreis für Brotgetreide auf dem Weltmarkt. Unter den Käufern für Roggen befanden sich anfangs auch viele landwirtschaftliche Produzenten von Weizen und Gerste, die einen finanziellen Vorteil hatten, wenn sie Roggen als Umlagegetreide ablieferten, ihre Weizen- und Gerstenbestände aber zu den Preisen des freien Marktes absetzten.

Der durch alle diese Umstände emporgetriebene Brotgetreidepreis ließ nun die Forderung nach Freigabe der Einfuhr ausländischen Brotgetreides immer lauter werden. Die Reichsregierung hat sich den Vorstellungen aus fachmännischen Kreisen nicht verschlossen und angeordnet, daß vom 18. August d. J. an ausländisches Brotgetreide eingeführt werden kann. Diese Maßnahme wird bewirken, daß der Vorrat an Brotgetreide bedeutend zunimmt, und daß andererseits der Preis für inländisches Getreide von der Preisgestaltung im Ausland stark beeinflusst werden wird. Im übrigen hat der Inlandspreis ohnehin in letzter Zeit eine bemerkenswerte Senkung erfahren. Denn einmal ließ die übertriebene starke Nachfrage nach, weil in der ersten Zeit des freien Handels genügend Einkäufe getätigt waren, und dann bereitete auch die Beschaffung der gewaltigen Summen, die heute zu Getreidegeschäften benötigt werden, den Aufkäufern bedeutende Schwierigkeiten. Z. B. sucht die Mühlenindustrie, die bei Beginn der freien Wirtschaft sich noch nicht auf die neuen Verhältnisse eingestellt hatte, nunmehr durch Zusammenschlüsse der schwierigen Situation Herr zu werden.

Die Einfuhrfreiheit für ausländisches Brotgetreide bringt aber noch einen anderen Vorteil mit sich. Sie macht uns nämlich bis zu einem gewissen Grade von dem Ausfall der Inlandsenernte unabhängig. Nach den neuesten Meldungen aus den hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Bezirken Deutschlands läßt nun zwar im allgemeinen die Ernte infolge der Dürre der letzten Wochen etwas zu wünschen übrig; doch ist zu besonderen Befürchtungen kein Anlaß gegeben. Der Saatenstandesbericht für Anfang August ermöglicht eine ziemlich genaue Uebersicht über das voraussichtliche

Ergebnis der kommenden Ernte. Die in Frage kommenden Ziffern lauten folgendermaßen:

	Preußen.	Deutsches Reich
Winterweizen	2,5	2,4
Sommerweizen	2,8	2,8
Winterroggen	2,6	2,5
Sommerroggen	3,2	2,9

Hierbei bedeuten die Ziffern 2 gut, 3 mittel. Wir haben also im kommenden Versorgungsjahr im großen ganzen mit einer guten Mittelernte zu rechnen. Besonders Mecklenburg hat nach den bisherigen Ermittlungen gute Ernteaussichten. Es steht zu hoffen, daß die Druschergebnisse die Zahlen der Reichsstatistik bestätigen oder gar noch übertreffen werden. Dabei ist im Auge zu behalten, daß auch die Beschaffenheit der Getreidefrucht im allgemeinen nichts zu wünschen übrig lassen soll.

Was die Versorgung mit Futtermitteln anlangt, so ist die seit langem herrschende Not auf diesem Gebiet Gegenstand eingehender Beratung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewesen. Dabei wurde festgestellt, daß trotz der großen Schädigung durch die Trockenheit eine Gefährdung der Ernte nicht zu befürchten ist. Nur gewisse Gebiete haben unter der langanhaltenden Dürre stark zu leiden gehabt; andere Gegenden sind nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

□ □ Aus den Ortsvereinen. □ □

Berlin. Die Gewerbegerichtswahlen am 21. August in Groß-Berlin brachten uns Gewerbevereiner insofern einen Erfolg, als wir 3 Sitze gewannen und statt 7 nunmehr 10 Mitglieder erhalten.

Duisburg. Am 17. Aug. wurde durch eine Vereinbarung für die Arbeiter in den Duisburger Säge- und Hobelwerken folgende Lohn-erhöhungen festgesetzt: Es erhalten

	ab 1. Sept. 1921	ab 1. Okt. 1921
Facharbi üb. 18 Jahre	1,00 M	25 S
Arb. v. 17-18 Jahre	—,80 M	20 S
Arb. v. 16-17 Jahre	—,35 M	20 S

Amtliche Bekanntmachungen.

Achtung!

Von einem Agitationskomitee der Betriebsräte in Grobshamborn ist an die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ein Rundschreiben versandt worden zur Bildung einer „Einheitsfront aller Arbeitenden zur Abwehr der durch die Teuerung gesteigerten Verelendung breiterer Volksmassen“. Ohne an dieser Stelle auf den Inhalt dieses Rundschreibens näher einzugehen, das u. a. auch den Plan eines neuen Generalstreiks enthält, machen wir alle unsere Verbandskollegen darauf aufmerksam, daß für sie nur die Anweisung ihrer Hauptleitung maßgebend ist und daß irgend ein Aktionskomitee, sei es wo es wolle, nicht als Vertretung der organisierten Arbeiterschaft gelten kann. Dieses Rundschreiben ist deshalb von unsern Kollegen, die es erhalten haben, unbeachtet zu lassen.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

Schabhobel



mit Doppelkanten, mit gebogenem o. l. geradem Griffen.
52 mm Eisenbreite a Mk. 19.—, Era-Eisen Mk. 3,50.
Ziehklappenhobel Mk. 16,50, Era-Eisen Mk. 3
Eiserne Schabhobel, Mk. 10,50.—
Boardschleifer mit Aufreiber Mk. 6,50.
6-Kröpfe Rückenbogen 25 cm Blatt Mk. 16.—
Furniersägen Mk 12.—, Ziehklappen Mk. 4.—
Amerikan. Schiff-hobel, Stahlleichtrohr usw.
zu billigen Tagespreisen liefert sofort
H. Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53.

Ruf!

Am 21. d. M. verschied plötzlich infolge Unglücksfalles unser junger Kollege

Heinrich Achenbach.

Wir verlieren in dem Gutsdienern einen treuen, aufrichtigen Kollegen und sichern ihm ein bleibendes und ehrendes Gedenken.

Gewerksverein der Holzarbeiter
Duisverein Laasphe.

Stuhlfluchtrohr

Natur, Halbglanz, beste ergiebige Qualität.

Nr. 2 Nr. 3 Nr. 4

M. 60.— 56.— 52.— p. Pfd.

von 2 Pfd. an portofrei, liefert sofort

M. Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53.

! Kollegen, werbet Mitglieder !
für unsern Gewerksverein !